

**Informationsdienst
der kommunalpolitischen Sprecherin von
Bündnis 90/Die Grünen
im Deutschen Bundestag**

Britta Haßelmann



Juli 2011

Gewerbsteuer bleibt, doch Steuersenkungen bedrohen erneut die Gemeindefinanzen, Arbeitsmarktpolitik vor Ort droht Kahlschlag, Energiewende und Kommunen und vieles mehr

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein politisch dynamisches erstes Halbjahr 2011 nähert sich dem Ende. Die Abschaffung der Gewerbsteuer ist glücklicherweise gescheitert, die Bundesregierung entlastet mit der angekündigten Übernahme der Grundsicherung im Alter die Kommunen– doch schon keimen neue Steuersenkungspläne auf, die auch die Kommunen belasten würden.

Steuergeschenke haben ihren Preis. Sie müssen mit Ausgabenkürzungen verbunden werden. Hier setzt die Bundesregierung offenbar ihren Schwerpunkt im Sozialbereich, insbesondere bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik und nimmt damit nicht nur langzeitarbeitslosen Menschen Perspektiven, sondern bedroht auch die örtliche Trägerlandschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze.

Dieser Newsletter beschäftigt sich mit dem ruhmlosen Ende der Gemeindefinanzkommission, der Instrumentenreform, den neuen Energiegesetzen u.v.m.

Wie immer hoffe ich auf Ihr/Euer Interesse, wünsche viel Spaß beim Lesen und eine erholsame und sonnige Sommerzeit!

Mit herzlichen Grüßen

Britta Haßelmann

1. Gemeindefinanzkommission ruhmlos abgeschlossen

Am 15. Juni 2011 tagte abschließend die Gemeindefinanzkommission der Bundesregierung, nachdem die zentrale Arbeitsgruppe der Kommission, die AG Kommunalsteuern, sich auf keine gemeinsame Empfehlung und keinen gemeinsamen Beschluss einigen konnte. Die Bundesregierung gab schließlich das Ringen um die Abschaffung der Gewerbesteuer - später dann der Abschaffung sog. Hinzurechnungen in der Gewerbesteuer - auf. Sie hätte sich aufgrund der geänderten Mehrheitsverhältnisse nicht im Bundesrat durchsetzen können, geschweige denn eine Mehrheit für die notwendige Verfassungsänderung erhalten. Schließlich musste sie selbst in ihrem letzten Schreiben an die Mitglieder der Gemeindefinanzkommission zugestehen, dass allein die Abschaffung der Hinzurechnungen 5,2 Mrd. Euro steuerliche Mindereinnahmen zur Folge gehabt hätte. Die Besteuerung der Hinzurechnungen (Fremdfinanzierungsanteile auf Zinsen, Mieten und Lizenzen) macht mit 1,2 Mrd. Euro den geringeren Anteil daran aus. Das Bundesfinanzministerium musste eingestehen, dass die Abschaffung der Besteuerung der Fremdfinanzierungsanteile den Unternehmen Raum für Steuergestaltungen von bis zu vier Milliarden Euro gegeben hätte. Eine Ausweitung dieser Steuerprivilegien und daraus resultierende immense Mindereinnahmen hätte das Gewerbesteueraufkommen empfindlich geschwächt und noch anfälliger für Konjunkturschwankungen gemacht.

Mit den Strukturproblemen der Städte und Gemeinden hat sich die Bundesregierung in ihrer Gemeindefinanzkommission nicht ernsthaft befasst. Sie hat die Chance verpasst, die Gemeindefinanzen auf eine solide Basis zu stellen und Wege zu eröffnen, insbesondere überschuldete Kommunen aus ihrer ausweglosen Situation zu befreien.

Das Ergebnis der Gemeindefinanzkommission beschränkt sich auf die Übernahme der Grundsicherung im Alter zu 100% ab 2014 durch den Bund. Ein Beschluss der allerdings bereits in den Verhandlungen um die Hartz IV-Reform Anfang des Jahres getroffen wurde. Dies zeigt, wie wenig vorzeigbare Ergebnisse die Kommission selbst erzielt hat. Die Entlastung der Kommunen von der Grundsicherung im Alter ist richtig. Sie kann jedoch nur ein erster Schritt sein, um die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen zu beseitigen.

Die weiteren Beschlüsse der Gemeindefinanzkommission und ihrer Arbeitsgruppen sind auf der Homepage des [Bundesfinanzministeriums](#) veröffentlicht.

2. Neue Steuersenkungspläne belasten Gemeindefinanzen

Bereits eine Woche nach dem Scheitern der Gemeindefinanzkommission diskutierte die Bundesregierung erneut über Steuersenkungen von bis 10 Mrd. Euro. Würden derartige Pläne realisiert, würden davon 1,5 Mrd. Euro die Städte und Gemeinden schultern müssen.

Von den rund 4 Mrd. Euro für die Grundsicherung im Alter, die der Bund ab 2014 den Kommunen abnehmen will, bliebe schon wenige Tage nach dem Beschluss der Gemeindefinanzkommission nicht mehr viel.

Rechnet man die neuen geplanten und bereits beschlossene Belastungen der Kommunen durch den Bund

- geplante Steuersenkungen bis zu 10 Mrd. Euro (bis zu 1,5 Mrd. Euro)
- die steuerliche Förderung der energetischen Sanierung (0,3 bis 1 Mrd. Euro)
- Übernahme der Kosten für die SozialarbeiterInnen und der Mittagsverpflegung aus dem Bildungspaket ab 2014 durch die Kommunen (0,4 Mrd. Euro)

- das Einfrieren des Bundesanteils an den Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende (geschätzte 0,5 Mrd. Euro)

dagegen, dann bliebe den Städten und Gemeinden nur noch eine Entlastung von 0,5 bis 1 Mrd. Euro. Die Gesamtbelastung der Kommunen im Bereich der sozialen Kosten beträgt jedoch inzwischen 42 Mrd. Euro. Damit würde die Hilfe des Bundes durch die Übernahme der Grundsicherung zum sprichwörtlichen Tropfen auf dem heißen Stein schrumpfen. Deshalb müssen wir uns entschieden gegen diese Steuersenkungspläne wenden. Mit den Folgen ihrer Beschlüsse auf die Kommunen setzt sich die Bundesregierung offenbar wenig auseinander. Siehe auch die [Antwort der Bundesregierung auf meine Fragen](#) zu den Steuersenkungsplänen.

3. Steuerschätzung: Entlastung für die Gemeinden erst ab 2012

Schwarz-Gelb untermauert seine Steuersenkungspläne mit unverhofft hohen Steuereinnahmen aufgrund des guten Konjunkturverlaufs und will eine konkrete Entlastungssumme von der Steuerschätzung im November abhängig machen. Wie stabil dieser Konjunkturverlauf – auch vor dem Hintergrund der Euro-Krise – sein wird, kann derzeit jedoch nicht verlässlich prognostiziert werden.

Die letzte Steuerschätzung vom Mai kam jedenfalls zu dem Ergebnis, dass trotz der wieder kräftiger sprudelnden Steuerquellen, die Kommunen erst wieder in 2012 das ursprüngliche Einnahmenniveau erreicht haben werden. Bis dahin haben die Städte und Gemeinden nach dem letzten guten Steuerjahr 2008 Verluste von 18,5 Mrd. Euro angehäuft, während gleichzeitig die Ausgaben, insbesondere im Bereich der sozialen Leistungen gestiegen sind. Siehe auch meine [Analyse der Steuerschätzung](#) in Bezug auf die Gemeindefinanzen.

Das Statistische Bundesamt bescheinigte im März diesen Jahres den Kommunen für 2010 ein Finanzierungsdefizit von 7,7 Mrd. Euro. Das Defizit ist zwar geringer als befürchtet, doch es ist immer noch dramatisch hoch. Auch die vom Bund für 2014 zugesagte Übernahme der Grundsicherung im Alter wird die Gemeindefinanzen nicht nachhaltig aus ihrer Schieflage befreien. Die Problematik der Gemeindefinanzen ist vielschichtig. In meinem Papier „[Kein Grund zur Entwarnung bei den Gemeindefinanzen](#)“ finden Sie eine ausführliche Analyse der Finanzsituation der Kommunen und der Entlastungswirkungen durch die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund.

4. Arbeitsmarktpolitik vor Ort droht Kahlschlag

Das Sparpaket der Bundesregierung erfordert von der Bundesagentur für Arbeit Einsparungen von rund 7,8 Milliarden Euro bis 2015. Diese Einsparung soll nun durch die sog. Instrumentenreform unterstützt werden. Damit droht ein Kahlschlag in der örtlichen Arbeitsmarktpolitik, der massive Auswirkungen auf langzeitarbeitslose Menschen haben wird und bewährte Trägerstrukturen und Angebote zerschlagen wird.

Angesichts der drastisch reduzierten Mittel setzt die Bundesregierung ausschließlich auf eine schnelle Integration in den ersten Arbeitsmarkt und schließt Betroffene mit besonderen Vermittlungshemmnissen von der Teilhabe am Arbeitsleben aus. Dies führt zu einer Spaltung des Arbeitsmarktes. Ein verlässlicher sozialer Arbeitsmarkt – wie wir Grüne ihn uns vorstellen – rückt durch die Vorgaben der Bundesregierung in weite Ferne. Unsere Forderungen und Initiativen im Bundestag finden Sie [hier](#).

In einem gemeinsamen Aufruf "[Arbeitsmarktpolitik für alle](#)" fordern über 30 namhafte Persönlichkeiten und renommierte Fachleute der deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus

Sozialverbänden, Gewerkschaften und Hochschulen auf Initiative des Paritätischen Gesamtverbandes, die Bundesregierung zur arbeitsmarktpolitischen Umkehr auf. Auch ich habe diesen Aufruf heute mitunterzeichnet.

Bitte unterstützen auch Sie diesen Aufruf und verbreiten Sie ihn weiter. Die Initiatoren werden den Aufruf mit allen Namen der Unterstützerinnen und Unterstützer Anfang September den Abgeordneten des Deutschen Bundestages übergeben und für die nötige Öffentlichkeit für dieses berechtigte Anliegen sorgen.

5. Energiewende – Kommunal

Mit der Sofortabschaltung der sieben ältesten Reaktoren plus Krümmel, der Rücknahme der noch im Herbst von Schwarz-Gelb beschlossenen Laufzeitverlängerung und einem festen Abschaltplan für die verbliebenen Atomkraftwerke, ist der Atomausstieg seit kurzem beschlossene Sache. Jetzt kommt es drauf an, die Energiewende konsequent zu verfolgen und sich ambitionierte Ziele bei der Energieeinsparung, der Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien zu setzen. Anders als noch im letzten Herbst, als CDU/CSU und FDP voll auf die großen vier Stromkonzerne setzten, wird es bei der Energiewende auf die Kommunen, die lokalen Stadtwerke und Energieanbieter vor Ort ankommen. Doch dafür müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Leider weisen die Gesetze der Bundesregierung erhebliche Mängel und handwerkliche Fehler auf. Mehr dazu unter

<http://britta-hasselmann.de/kommunales/kommunales/nachricht/energiewende-kommunal.html>

6. Bundesbauministerkonferenz gegen Kürzung der Städtebauförderung

Die Länderbauminister haben sich auf einer Sondersitzung einstimmig gegen die von der Bundesregierung geplante Kürzung der Städtebauförderung ausgesprochen. Bereits für das Jahr 2011 hat die Bundesregierung die Mittel der Städtebauförderung von 610 auf 450 Millionen Euro gekürzt. In den Haushaltsjahren 2012 und 2013 sollen nun laut Bauminister Peter Ramsauer jeweils noch 410 Mio. Euro für die Städtebauförderung zur Verfügung gestellt werden.

Mehr dazu unter <http://britta-hasselmann.de/im-bundestag/anfragen-und-antraege/anfrage-oder-antrag/nachricht/bundesbauministerkonferenz-gegen-kuerzung-der-staedtebaufoerderung.html>

7. Repräsentation von MigrantInnen in Kommunalparlamenten stärken

Lediglich 4 Prozent aller Ratsmitglieder in deutschen Großstädten haben einen Migrationshintergrund, so eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung, der Stiftung Mercator und des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften.

Die Partei Die LINKE weist mit 8 Prozent den höchsten Anteil von Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund auf, gefolgt von den Grünen mit 7 Prozent und der SPD mit 5 Prozent. Schlusslicht bilden CDU/CSU und FDP mit jeweils 2 Prozent. Damit ist ein großer Anteil unserer BürgerInnen deutlich unterrepräsentiert.

Auch für uns Grüne vor Ort gilt es, unsere vielfältigen Bemühungen zur Öffnung und Mitwirkung für MigrantInnen zu verstärken, etwa durch gezielte Ansprache und spezielle Mentoring-Programme und Kampagnen. Doch all diese Bemühungen helfen nur begrenzt, wenn ein Großteil von MigrantInnen weiterhin strukturell durch das Wahlrecht ausgegrenzt

bleibt. Wir brauchen mehr Integration durch eine [Reform des Wahlrechtes](#), damit es nicht nur EU-BürgerInnen, sondern allen BürgerInnen unterschiedlicher Herkunft möglich ist, an den Kommunalwahlen aktiv teilzunehmen.

8. Hartz IV: Aufwandspauschalen für Kommunalos/as

Im letzten Kommunalnewsletter berichteten wir über die Änderungen bei der Aufwandsentschädigung im SGB II und XII und kündigten eine weitere Prüfung der Rechtsfolgen an. Wir können mit einer guten Nachricht aufwarten: Aufwandsentschädigungen unserer bürgerschaftlich Engagierten in den Kommunalparlamenten werden weiterhin in vollem Umfang oder teilweise nicht mit der ALG II Leistung verrechnet. Mehr dazu unter <http://britta-hasselmann.de/buergerschaftliches-engagement/engagement/nachricht/hartz-iv-aufwandspauschalen-fuer-kommunalosas.html>

9. Energetisches Sanieren: Neue Förderung der KfW

Mit dem Programm „Energieeffizient Sanieren-Kommunen“ hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eine Mitfinanzierungsmöglichkeit für alle kommunalen Nichtwohngebäude aufgelegt, die vor dem 01.01.1995 fertig gestellt wurden. Neben Schulen und Kitas können jetzt auch Rathäuser, Verwaltungsgebäude, Gemeindezentren oder Kultureinrichtungen in dem Programm mitfinanziert werden. Ausführliche Informationen zu diesem Programm sind unter <http://www.kfw.de/ESK-218> erhältlich.

10. Bundesregierung verabschiedet Kita-Zwischenbericht

Am 18. Mai 2011 beschloss die Bundesregierung den [zweiten Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes](#). Der Bericht macht deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht und der Ausbauprozess zu langsam läuft. Die Einschätzung des Bedarfs an Plätzen für Unterdreijährige, auf denen die Finanzierungsvereinbarung von Bund, Ländern und Gemeinden beruhen, ist längst überholt. Doch es folgen keine Taten. Wir fordern die Bundesregierung auf, schleunigst Bund, Länder und Kommunen an einen Tisch zu holen und eine vernünftige und faire neue Finanzierungsvereinbarung treffen, damit der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung realisiert werden kann.

Wir Grüne haben bereits mit unserem Antrag vom Mai letzten Jahres „[Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung realisieren – Kostenkalkulation für Kinderbetreuung überprüfen](#)“ gefordert, unverzüglich den tatsächlichen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen neu zu ermitteln und das Finanzvolumen am tatsächlichen Bedarf auszurichten.

11. Grüner Kita-Gipfel

Am 21. Mai 2011 lud die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu einem grünen Kita-Gipfel nach Berlin ein. Es wurde ein gemeinsames Kommuniqué verabschiedet, das noch einmal deutlich macht, was es braucht, um gute Kitas für alle Kinder zu bekommen. Mehr unter: <http://britta-hasselmann.de/kommunales/kommunales/nachricht/der-gruene-kita-gipfel.html>

Britta Haßelmann MdB
Sprecherin für Kommunalpolitik der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 227-74505
Telefax: +49 (0)30 227-76643
Mail: britta.hasselmann@bundestag.de
www.britta-hasselmann.de